

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

Referendum Energiegesetz – Das Volk muss entscheiden!

Referat von Nationalrat Albert Rösti, SVP (BE)

Die im Herbst verabschiedete erste Phase der Energiestrategie 2050 in Form des Energiegesetzes ist eine hochgefährliche Mischung. Neben der bereits bekannten Erhöhung der KEV-Abgabe sind Verbrauchsreduktionen über den gesamten Energiebereich sowie neue Vorschriften und Verbote, staatliche Zwangsmassnahmen sowie ein massiver Angriff auf das Eigentum in der Vorlage enthalten. Mit dem neuen Energiegesetz wird dem Staat die Möglichkeit gegeben, sich in alle Lebensbereiche von Bevölkerung und Wirtschaft einzumischen. Es wird die Voraussetzung geschaffen, die Gesellschaft in ein über Jahrzehnte dauerndes staatliches Zwangskorsett zu stecken – zum Nachteil aller Betroffenen. Es ist daher absolut zwingend, dass das Volk hierbei das letzte Wort haben muss.

Es geht nicht nur um Strom

Der grosse Irrtum der Befürworter des Energiegesetzes wie der Energiestrategie ist die Tatsache, dass es bei der vorliegenden Vorlage nicht nur um den Strom, sondern um alle Energieträger (Öl, Gas, Kohle etc.) geht. Dies zeigt sich deutlich bei den im Energiegesetz vorhandenen Verbrauchsrichtwerten sprich Reduktion von 43% für den Energieverbrauch (Art. 3 Abs. 1) und Reduktion von 13% für den Stromverbrauch (Art. 3 Abs. 2) bis zum Jahre 2035.

Damit ist klar, dass es nicht nur eine Etappe, sondern mehrere Etappen braucht, wie auch in der gesamten Energiestrategie vorgesehen. Der Bundesrat hat bereits mehrere Massnahmen für die kommende Etappe 2 beschlossen oder in die Vernehmlassung gegeben. Es ist deshalb auch klar, wohin die Reise führt bzw. welche Massnahmen künftig kommen sollen oder schon vom Bundesrat verabschiedet wurden.

Phase 2 ist bereits da

Nach dem Referendum kam von mehreren Seiten der Vorwurf, die SVP operiere mit falschen Zahlen, nehme die kommenden Phasen der Energiestrategie bereits vorweg und vermische damit unzulässig die verschiedenen Elemente. Meine Damen und Herren. Wir sind bereits in der zweiten Phase! Und zwar noch bevor die erste mit dem Energiegesetz überhaupt unter Dach und Fach ist! Beispiele gefällig? Im Januar wird die zuständige Kommission des Nationalrates (UREK-NR) das Klima- und Energielenkungssystem beraten, den Verfassungsartikel, welcher eine allgemeine Energieabgabe vorsieht. Gleichzeitig wird das Übereinkommen von Paris behandelt, ein internationales Abkommen, für welches die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent reduzieren will.

Damit verbunden wird im kommenden Jahr eine Teilrevision des CO₂-Gesetzes in die Wege geleitet, welches unter anderem ab 2029 ein generelles Verbot von Ölheizungen sowie eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf 240 Franken, also dreimal mehr als heute, vorsieht. Selbst wenn einige der genannten Vorschläge im Parlament scheitern oder abgeschwächt würden – die Problematik der im Energiegesetzes verankerten 43 prozentigen Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs bleibt bestehen und wird für die kommenden Jahrzehnte Grundlage für weitere Abgaben und Gebühren, Zwangsmassnahmen sowie Verbote bilden.

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

200 Milliarden Kosten

Die oben erwähnten Massnahmen und Vorschriften führen bis 2050 gesamthaft zu Kosten von mindestens 200 Milliarden Franken. 200 Milliarden für einen Umbau des Energiesystems, welches im Endeffekt mehr Abhängigkeit vom Ausland und damit weniger Versorgungssicherheit bringt – zu massiv höheren Kosten als die bisherige Politik. Ein veritabler Schildbürgerstreich! Kommt verschärfend hinzu, dass bei den oben genannten Reduktionsmassnahmen die Zuwanderung nur unzulänglich, wenn überhaupt, berücksichtigt wird. Fakt ist, dass die Wohnbevölkerung in der Schweiz seit 1990 um 1,5 Millionen Einwohner zugenommen hat. Fakt ist ebenso, dass diese Personen ebenfalls Energie brauchen und Emissionen erzeugen. Es ist daher nur logisch, dass eine 43 prozentige Verbrauchsreduktion bei der Gesamtenergie, eine Halbierung der Treibhausgasemissionen sowie eine 13 prozentige Reduktion des Stromverbrauchs damit noch schwieriger wird, bzw. die Massnahmen noch weiter verschärft werden müssen, um die Ziele zu erreichen.

Wer soll das bezahlen?

Die bereits mehrfach erwähnte, 43 prozentige Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs ist derjenige Teil, der im Gegensatz zum länger dauernden Umbau des Strombereichs kurzfristig mehr einschenkt. Als warnendes Beispiel und gleichsam als Symbol der ideologisierten Energiepolitik sei hier auf das Verbot der Ölheizungen verwiesen.

Der gesamte Gebäudepark mit Wohnnutzung beträgt knapp 1,7 Mio. Von dieser Zahl haben 48,4% oder knapp 820'000 Häuser eine Ölheizung. Bei einem Verbot müssten diese relativ rasch ersetzt werden. Alleine dafür sind Kosten von insgesamt 25-40 Mrd. Franken zu erwarten, Sanierungsmassnahmen an der Gebäudehülle nicht eingerechnet! Auch bei der Mobilität wird eine praktische Halbierung des Verbrauchs zu hohen Endkosten im Umfang von 25 Mrd. Franken und mehr führen. Um die Ziele zu erreichen, müsste man de facto die Hälfte des Fuhrparks, knapp 3 Mio. Benzinautos, durch Elektrofahrzeuge ersetzen – eine Unmöglichkeit. Mit dem vom Bund vorgeschlagenen Klima- und Energielenkungssystem würden die Abgaben der einzelnen Energieträger durch die Decke gehen:

Abgabe	zusätzliche Kosten	Verbrauch/Jahr	Fr.
Strom	+ 3 Rp. / kWh KEV ¹	5000 kWh	Fr. 150.-
Heizöl	+ 67 Rp. / Liter ²	3000 Liter	Fr. 2'010.-
Benzin	+ 26 Rp. / Liter	20'000 km ³	Fr. 416.-
Konsum	Preiserhöhungen Produkte ⁴		Fr. 650.-
	Minimale Mehrkosten/Jahr/4-köpfiger Familie		Fr. 3'200.--

¹ Zusätzlich zur bereits bestehenden Abgabe von aktuell 1,5 Rp. pro kWh.

² Zusätzlich zur bereits bestehenden Abgabe von aktuell 22 Rp. pro Liter Heizöl.

³ Verbrauch 8 Liter / 100km.

⁴ Preiserhöhungen von 1% gerechnet auf durchschnittlichen Konsumausgaben eines Haushalts von Fr. 5'437/Monat

Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses
Energiegesetz
NEIN**

+3'200 Fr.
Mehrkosten/Jahr
pro Familie

Die vom Bundesrat skizzierte Idee einer Lenkungsabgabe, welche „kostenneutral“ sei, stimmt dabei schon im Grundsatz nicht. Wie wir schmerzlich aus der Vergangenheit bei der CO₂-Abgabe gelernt haben, wird es diesbezüglich stets Mittel und Wege geben, eine „kostenneutrale“ Lenkungsabgabe in eine neue Steuer (Teilzweckbindung) umzuwandeln.

Fazit

Ich komme zum Schluss. Die Referenten haben Ihnen klar aufgezeigt, dass das Energiegesetz nicht nur eine Mogelpackung ist, sondern auch enorme Auswirkungen auf alle Bereiche des täglichen Lebens haben wird. Jede Person, jedes Gewerbe, jedes Unternehmen und jede Tätigkeit wird davon betroffen sein. Dass dieser Umbau nicht nur des Energiesystems, sondern der ganzen Gesellschaft ohne Volksentscheid durchgeführt werden soll, darf nicht geschehen. Das Volk muss das letzte Wort haben. Es muss unter Berücksichtigung aller Aspekte die Wahl haben zu entscheiden, welchen Weg wir in Zukunft gehen wollen. Dafür setzt sich die SVP mit ihrem Referendum ein. Ich danke Ihnen.